

ZBB 2023, 132

BGB § 675v Abs. 3 Nr. 2

Grobe Fahrlässigkeit des Zahlungsdienstnutzers durch telefonische Weitergabe von TAN zur Nutzung des Onlinebankings

LG Saarbrücken, Urt. v. 09.12.2022 – 1 O 181/20, ZIP 2023, 137

Leitsätze des Gerichts:

1. Im Rahmen des Online-Bankings kann die telefonische Weitergabe dreier TAN den Vorwurf der groben Fahrlässigkeit des Zahlungsdienstnutzers begründen, wenn sich diesem nach den Gesamtumständen des Falles geradezu aufdrängen musste, dass die Aufforderung zur Weitergabe der TAN nicht von dem Zahlungsdiensteleister stammen konnte (Fortführung von LG Saarbrücken, Urt. v. 10. 6. 2022 – 1 O 394/21).
2. Bei der Anspruchshöhe eines Schadensersatzanspruchs des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungsdienstnutzer nach § 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB kann ein anspruchsminderndes Mitverschulden des Zahlungsdienstleisters berücksichtigt werden. Ein solches liegt i. H. v. 50 % vor, wenn das das Betrugspräventionssystem des Zahlungsdienstleisters zunächst fünf zur Nachtzeit vorgenommene Echtzeitüberweisungen als verdächtig erkennt, in der Folge aber dennoch weitere 12 Echtzeitüberweisungen an denselben Zahlungsempfänger zugelassen werden.